

# GREENFLATION:

## Ein unterschätztes Risiko für die Geld- und Klimapolitik?

Die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2021 war gekennzeichnet durch einen rasanten Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise. Dadurch entstehen nicht nur höhere Kosten für Unternehmen und Konsumenten, sondern der Preisanstieg erschwert auch den ohnehin bereits ambitionierten Zeitplan für die Energiewende. Der Preisanstieg der letzten Monate hängt zwar nur am Rande mit der Energiewende zusammen, dennoch werden die Preise von fossilen Energieträgern auch in Zukunft vergleichsweise hoch bleiben müssen, um die Klimaziele zu erreichen.

### Entwicklung 2021: Ausnahmesituation durch Erholung und Knappheiten

- Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) stieg im 4. Quartal 2021 um 3,9 % im Vorjahresvergleich und erreichte damit den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion.
- **Etwa zwei Drittel der Inflation seit Jahresbeginn 2021 sind auf die markante Zunahme der Energiepreise zurückzuführen.**
- Dennoch muss die Entwicklung in Relation gesetzt werden: Die Inflation ist jetzt hoch, da sie im Jahr 2020 so niedrig war.

### Gründe für den starken Anstieg der Energiepreise im Jahr 2021

- **Gestiegene Nachfrage:** Der Energiepreis bildet sich durch Angebot und Nachfrage. Es sollte nicht überraschend sein, dass eine Angebotsreduktion, während die Nachfrage stagniert oder wächst, zu höheren Preisen führt. Nach den Lockdowns hat sich die Wirtschaft deutlich schneller erholt als erwartet, dies hat zu einem sprunghaften Anstieg der Energienachfrage geführt und das Angebot konnte nicht mithalten. Neben Rohöl und Erdgas sind vor allem die Preise für Industriemetalle stark gestiegen.
- **Lieferengpässe:** Die globalen Wertschöpfungsketten wurden durch Störungen in wichtigen Knotenpunkten (Suezkanal, Hafenschließungen in China, u.v.m.) beeinträchtigt. Dies führte zu deutlichen

#### Greenflation

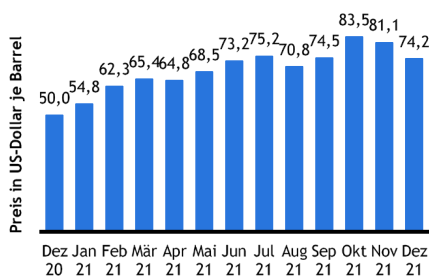
Der starke Anstieg der Energiepreise hat die Inflation im Jahr 2021 deutlich nach oben getrieben. Dadurch ergibt sich auch das Risiko, dass mittel- und längerfristige Übertragungseffekte auf die Gesamt- und Kerninflation bestehen bleiben. Forciert wird dies durch klimapolitisch ambitionierte Zielsetzungen und dafür notwendige Anstrengungen, diese zu erreichen.

Preissteigerungen innerhalb der Produktionsprozesse und Beeinträchtigungen der Produktion.

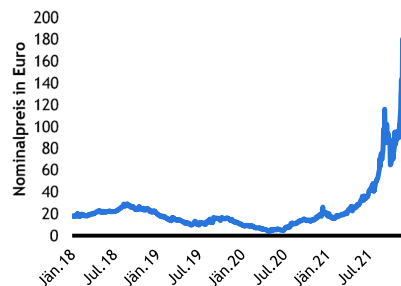
- **CO2-Zertifikate:** Die Preise für CO2-Zertifikate (ETS) stiegen im Laufe des Jahres 2021 ebenfalls stark an und trugen in anderen EU-Ländern (wie z. B. Spanien oder den Niederlanden) zur starken Zunahme der Strompreise bei. In Österreich war der Preiseffekt aufgrund des hohen Ökostromanteils vergleichsweise gering. Jedoch schlägt der Preiseffekt bei allen festen, flüssigen oder gasförmigen Energieträgern voll durch. Für die österreichischen Produktionsbetriebe steigt daher der Druck. Einerseits kaufen viele Unternehmen ihre benötigte Energie an europäischen Börsen, andererseits erhöhen die beträchtlich gestiegenen Zertifikatspreise die Produktionskosten und somit die Preise der Produkte. Dies beeinflusst bzw. schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich.
- Der **weltweite Stromverbrauch** stieg 2021 um 6 Prozent an, dieser Trend dürfte auch in Zukunft anhalten und wirkt tendenziell preistreibend – die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte wird die Stromnachfrage weiter ankurbeln.

**...das größte absolute Wachstum des Stromverbrauchs aller Zeiten**

Monatsdurchschnittspreise der Rohölsorte UK Brent bis Dezember 2021 Durchschnittlicher Preis von Erdgas in Europa



April 2020: 10 USD/ Barrel  
 Dezember 2021: 75 USD/Barrel  
 Quelle: EIA



April 2020: 6,6 Euro/Mwh  
 Dezember 2021: 115 Euro/Mwh  
 Quelle: Dutch TTF. Yahoo Finance

## Weitergabe von steigenden Preisen auf Inflation

Es gibt Unterschiede, inwieweit sich Preiserhöhungen von Energieträgern auf die Inflation durchschlagen.

- Beinahe unmittelbar und vollständig schlagen sich **Preisanstiege bei Rohöl** auf die Verbraucherpreise von Treibstoffen durch.
- Bei **Strom und Gas** hingegen findet die Übertragung von Großhandelspreisen auf die Verbraucherpreise nicht unmittelbar statt und hängt vom Anteil an flexiblen Energielieferverträgen bzw. regulierten Preisen ab. Im Falle von Strom ist die Übertragung nicht nur verzögert, sondern auch unvollständig.
  - **Energiemix entscheidend:** Zudem beeinflussen die Großhandelspreise für Gas und die ETS-Preise die Verbraucherpreise für Strom, da Gas auch zur Stromgewinnung eingesetzt wird.

Quelle: OeNB, Inflation aktuell, Januar 2022

## **Greenflation oder warum Preise durch Klimaschutzmaßnahmen steigen**

- **Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Energiepreise:** Bis zur letzten Reform des ETS waren die CO<sub>2</sub>-Preise sehr niedrig. Längerfristig bieten höhere CO<sub>2</sub>-Preise einen Anreiz zur Dekarbonisierung der Stromerzeugung und der Industrieproduktion. Diese Entwicklung braucht jedoch Zeit und zieht Kapital aus CO<sub>2</sub>-intensiven Sektoren ab. Ist die Versorgungssicherheit dadurch gefährdet, führt dies zu höheren Energiepreisen, die wiederum an die Verbraucher weitergegeben werden. Dieses Risiko gewinnt für die EZB nun augenscheinlich an Bedeutung.
- **Einstieg in CO<sub>2</sub>-Bepreisung bedeutet leichten Anstieg der Inflation:** Auch die OeNB beschreibt in einer aktuellen Inflationsanalyse die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Energiepreise und kommt zu dem Schluss, dass der CO<sub>2</sub>-Preis in Österreich für 2022 rund +0,15 Prozentpunkte zur durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate hinzufügen wird.
- **Energiewende bringt auch höhere Kosten:** Die Europäische Kommission hat in den vergangenen Jahren die positiven Aspekte der Energiewende betont. Währenddessen fehlte eine einheitliche Strategie, wie man die Versorgungssicherheit der EU mit Energie in der nötigen Übergangsphase sicherstellt. Beispielsweise wurde versäumt, die Erdgasversorgung ausreichend von Russland weg zu diversifizieren, wodurch man sich geopolitisch angreifbar machte.
- **Aufholbedarf an Investitionen gegeben,** um die ambitionierten Klimaziele erreichen zu können. Unternehmen müssen für den Strukturwandel investieren. Produkte dürften daher teurer werden. Für den Bau von Solarpaneelen und Windrädern benötigte Metalle wie Kupfer und Aluminium sind in den letzten Monaten stark im Preis gestiegen und könnten sich durch eine rasch steigende Nachfrage weiter verteuern, sollte das Angebot nicht ausgebaut werden.
- **Hält Angebot mit steigender Nachfrage mit?** Schon oft hat die Verteuerung einzelner Rohstoffe der Wirtschaft und der Wissenschaft Anstöße und Anreize gegeben, preiswertere Alternativen zu finden. Dazu gibt es oft Substitutionsmöglichkeiten sowie großes Recyclingpotenzial. Außerdem hat die Welt ausreichend Rohstoffe, es muss nur die Produktion ausgeweitet werden. Hier ist die Politik weltweit gefragt, nicht nur den Bau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu erleichtern, sondern auch die Erschließung und Nutzung neuer Rohstoffquellen zu beschleunigen.

**... um die Klimaziele zu erfüllen, wird die Anzahl der Emissionszertifikate zunehmend verringert**

**...einheitlichere Energiepolitik auf EU-Ebene notwendig**

**...technischer Fortschritt und zunehmendes Recycling könnten Preiseffekte ausgleichen**

**...kein Ausstieg ohne Einstieg**

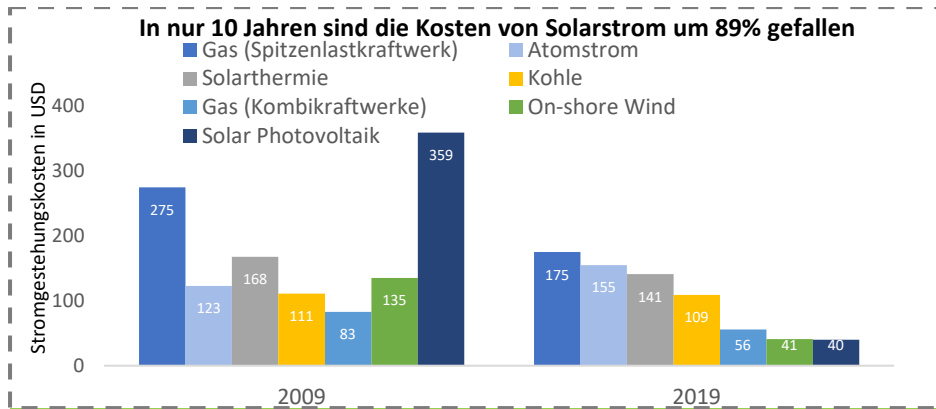
## Prognose für 2022:

- Die OeNB geht davon aus, dass die im Rahmen der ökosozialen Steuerreform beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen einen gewissen Druck auf die Inflation ausüben werden.
- Die erwartete wirtschaftliche Erholung sowie anhaltende Angebotsengpässe sorgen auch im Jahr 2022 für Inflationsdruck. Hinzu kommen erwartete Preissteigerungen bei Strom und Gas sowie die Einführung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Juli 2022.
- Ein geringer Teil der erwarteten Inflationsentwicklung ist auf die Einführung der heimischen CO<sub>2</sub>-Bepreisung zurückzuführen. Diese wird die HVPI-Gesamtinflation in den kommenden Jahren jeweils zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten anheben und rund ein Fünftel der Energiepreisinflation im Jahr 2022 erklären. Mit ähnlichen Effekten rechnet auch das WIFO.
- Das WIFO erwartet, dass der Beitrag der Rohölpreise aufgrund der sinkenden Preise im Frühjahr 2022 zurückgeht.
- Gegen Ende des Jahres 2022 wird die HVPI-Inflationsrate wieder auf etwas über 2 % zurückgehen, da mit rückläufigen Rohstoffpreisen sowie einer sukzessiven Entspannung der Angebotsengpässe zu rechnen ist.
- Den starken Preisauftrieb in den Jahren 2021, der auch noch 2022 anhält, stuft das WIFO als überwiegend vorübergehend ein. Auch wenn nicht davon ausgegangen wird, dass die Inflationsraten wieder das sehr niedrige Niveau der Periode 2010 bis 2020 erreichen werden. Für 2023 wird eine Inflationsrate von 2,25 % erwartet.
- Ein Blick auf die Terminmarktkurve, welche die Preiserwartungen der Marktteilnehmer widerspiegelt und somit als Prognose für die mittelfristige Preisentwicklung verstanden werden kann, deutet darauf hin, dass die Preise für Strom und Erdgas auch in nächster Zeit relativ hoch bleiben werden. Das EcoAustria schätzt anhand der Terminmarktkurve, dass die Strompreise im Jahr 2026 noch fast doppelt so hoch sind wie im Jahr 2019, sowohl für die Unternehmen als auch für die Haushalte. Im Gegensatz dazu dürften die Gaspreise nach 2023 wieder sinken und im Jahr 2026 nur mehr leicht über dem Vorkrisenwert liegen.
- **Preisstabilität und steigende Energiepreise sind kein Widerspruch** - zum einen ist der derzeitige Inflationsschub auf einen Preisanstieg fossiler Energieträger zurückzuführen, der mit der Klimakrise nur sehr bedingt zusammenhängt, und zum anderen sind stetig steigende Energiepreise und Preisstabilität durchaus miteinander vereinbar. Beispielsweise haben sich zwischen 2000 und 2010 die Erdölpreise fast verdreifacht, trotzdem konnte die EZB ihr Inflationsziel von durchschnittlich 2 % erreichen.
- **Die Klimapolitik wird aufgrund der Umstellungskosten mittelfristig die Inflation etwas erhöhen** – jedoch nicht so stark wie im Jahr 2021, als vor allem durch die starke Erholung und Lieferengpässe die Inflation stark anzog.

**Klimaschutzmaßnahmen  
der ökosozialen  
Steuerreform erzeugen  
gewissen Inflationsdruck ...**

**... aber Entspannung der  
Energiepreise im Laufe des  
Jahres erwartet**

- **ABER** langfristig: Energiepreise durch Erneuerbare deutlich geringer! Grüne Energie ist nicht nur sauber, sie kann auch sehr billig sein. Nach über einhundert Jahren Erfahrung bei der Verwendung von fossilen Energieträgern ist ein Großteil der Kostensenkungspotenziale ausgeschöpft. Ganz anders bei den Erneuerbaren. Beispielsweise hat der technische Fortschritt bei der Photovoltaik dafür gesorgt, dass die Stromgestehungskosten in nur 10 Jahren um 89 % gefallen sind:



Quelle: Our World in Data

### Was, wenn die Klimaschutzmaßnahmen ausbleiben würden?

- Auch der Klimawandel selbst hat mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf die Inflation.
- Häufigere Extremwetterereignisse (z.B. Hitzeperioden, Dürren, Überschwemmungen) könnten beispielsweise Preisschwankungen in der Nahrungsmittelproduktion auslösen, die Arbeitsproduktivität senken oder Schäden an der Infrastruktur bewirken und so die globalen Transportwege behindern.
- Wenn kein Gegensteuern trotz fortschreitendem Klimawandel erfolgt, würden die daraus resultierenden unmittelbaren Inflationseffekte jene der Klimaschutzmaßnahmen übersteigen.
- Auch andere Strukturveränderungen könnten dafür sorgen, dass die Inflation in Zukunft auch ganz ohne Klimawandel höher ausfällt. Beispielsweise gibt es in Bezug auf Lieferketten durchaus einen Trade-off zwischen Resilienz und Effizienz. Sollten die Erfahrungen der Pandemie oder zunehmende geopolitische Spannungen viele Unternehmen dazu bringen, einen Teil ihrer Lieferketten aus strategischen Überlegungen heraus in suboptimale Regionen verlagern (Nearshoring).

### Herausforderungen für Unternehmen

Durch steigende Energiepreise sinkt der finanzielle Spielraum für Unternehmen, sowohl was Investitionen in Forschung und Entwicklung, Investitionen in Klimawandel als auch das Kerngeschäft betrifft.

## Herausforderungen für die Geldpolitik und Regierungen

- Die Überschneidung von Wirtschafts- und Klimapolitik bedeutet, dass in der Energiewende ein empfindliches Gleichgewicht gefunden werden muss.
- Die steigenden Inflationsraten führen in einer Reihe von Volkswirtschaften zu Diskussionen über die Rückführung der expansiven Geldpolitik. Die Zentralbanken stehen vor der Herausforderung, dafür zu sorgen, dass das derzeitige hohe Inflationsniveau nicht zu höheren Inflationserwartungen führt, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass höhere Zinssätze den Wirtschaftsaufschwung nicht vorzeitig beenden.
- In den Medien äußerte sich zum Jahreswechsel EZB-Direktorin Schnabel dazu, dass die Greenflation ein realistisches Szenario darstelle. Damit verbunden erläuterte sie, dass es für die EZB notwendig sein könnte zu reagieren, sollte sich herausstellen, dass die Energiewende ein längerfristiges Inflationsrisiko darstellt und sich auf die Preiserwartungen auswirkt.
- Betont hat sich jedoch auch, dass die EZB an ihren Prognosen festhält, dass die mittelfristige Inflation sich auf unter 2 % reduzieren wird. Auch wenn festgehalten wird, dass es aktuell eine große Unsicherheit gibt und potenzielle Aufwärtsrisiken.
- Auch die Regierungen sind zunehmend besorgt über die negativen Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Unternehmen und Konsumenten, während sie auf der anderen Seite sicherstellen wollen, dass die Klimaziele erreicht werden.
- Zur Entlastung der Haushalte und Unternehmen hat das [Klimaschutzministerium](#) deshalb gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium für 2022 ein Aussetzen des Ökostromförderbeitrag vereinbart. Für einen durchschnittlichen Haushalt ergeben sich dadurch rund 67 Euro und für einen durchschnittlichen Gewerbebetrieb rund 67.000 Euro Kosteneinsparung.

**...ohne Energie weiterhin schwache Inflationsdynamik in der Eurozone**

**...auch Ökostrompauschale in Höhe von 33 Euro/Jahr entfällt 2022!**

## Implikationen

- Im Zentrum der Geldpolitik der EZB steht die Preisstabilität. Entscheidend sind nicht kurzfristige Änderungen, sondern die Veränderung der Inflationserwartungen.
- Die Geldpolitik kann den Öl- oder Gaspreis nicht gezielt senken. Es geht vielmehr darum, ob es durch die höheren Energiepreise zu Zweitrundeneffekten kommt.
- **Klimawende gut managen, um Greenflation so gering wie möglich zu halten.**
- Es ist wichtig, auch die Kosten der Energiewende klar zu kommunizieren, einschließlich der (vorübergehend) höheren Preise durch die Transformation.
- Das Gegenmittel liegt in einer tauglicheren Energiepolitik und nicht in höheren Zinsen, da dies Wachstum und Beschäftigung gefährden könnte.

- Je schneller es gelingt, CO<sub>2</sub>-arme Alternativen in ausreichender Menge und zu marktfähigen Preisen zu schaffen, desto reibungsloser wird die Transformation verlaufen.

### **Entsprechende WKÖ-Forderungen**

- Vorantreiben einer Wasserstoff- bzw. CO<sub>2</sub>-Abscheidungsstrategie
- Beschleunigung von UVP-Genehmigungsverfahren
- Rasche Ertüchtigung der Netze (Sektorkopplung bzw. Sektorintegration)
- Einrichtung eines nationalen „Transformationsfonds“ für die Wirtschaft
- Einführung von Carbon Contracts for Difference (CCfDs) als neues Fördermodell
- Nutzung von IPCEI (Important Projects of Common European Interest)

**Medieninhaber/Herausgeber:** Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien. Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Harald Mahrer. Tätigkeitsbereich: Information Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.

**Chefredaktion:** MMag. Claudia Huber, Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien. Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung). Medieninhaber/Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Wirtschafts- und Handelspolitik, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Tel: +43 5 90 900 4401, [whp@wko.at](mailto:whp@wko.at), <https://news.wko.at/whp>.

**Autorin/Ansprechpartnerin:** MMag. Claudia Huber, Peter Obinger, MSc, Tel: +43 5 90 900 4401, [claudia.huber@wko.at](mailto:claudia.huber@wko.at), [peter.obinger@wko.at](mailto:peter.obinger@wko.at)